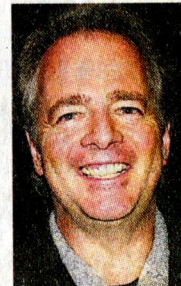


Gegenwind kommt im Gemeinderat auf

Windgegner kritisieren den Rat – Entscheidungen zur Raumordnung stehen noch aus – Diskussion zugesagt



Wertverlust:
Gegenwindsprescher Frisch.

ENGELSCHOFF. Sie haben eigentlich Kommunikationsprobleme – der Rat Engelschoff und die Bürgergruppe Gegenwind. Zur Einwohnerfragestunde meldeten sich Bürgerinitiativensprecher Sven Frisch und weitere Gegenwind-Mitglieder zu Wort. Fragen seien möglichst, aber das nur im zeitlich begrenzten Umfang, verwies Bürgermeister Heinz Düe auf die Gemeindeordnung.

Am Ende war es der erste größere Meinungs-austausch zwischen Gemeinderat und Bürgerinitiative über fünf geplante Windräder im Ortsteil Engelschoff. Der Widerstand in Engelschoff sei groß, meinte Frisch. Er störe sich an der Nähe der Windmühlen zu den Häusern. Exper-

ten rechneten mit einem Wertverlust von 20 Prozent bei den Häusern.

Düe verteidigte sich und den Rat mit dem Verweis aufs „Allgemeinwohl“. Die Windenergie sei

von der Regierung schließlich gewollt.

Entschieden ist noch nichts. Vor zwei Jahren bekundeten die Plambeck-Neue Energien (PNE) aus Cuxhaven Interesse, fünf

Windmühlen zu errichten – Na-benhöhe 80 Meter, 500 Meter Mindestabstand zu den Häusern. Darauf schlugen Gemeinde und Samtgemeinde vor, das Windgebiet in das Raumordnungsprogramm des Landkreises aufzunehmen. Nach Auskunft von Samtgemeindebürgermeister Holger Falcke hat der Kreistag darüber noch nicht entschieden. Erst danach könnten der Flächennutzungsplan geändert und ein Bauungsplan aufgestellt werden.

Zum Ende der Diskussion zeigte sich Gemeinderätin Birgit Guthahn bereit, in Zukunft über die Vorteile und Nachteile der Windanlagen mit den Bürgern zu reden. Zu den Kernfragen gehört, ob die Gemeinde Gewerbesteuer

aus Wind dringend benötigt und ob deshalb die Wohnqualität durch die Anlagen eingeschränkt werden soll. (ka)



In der Kritik: der Rat Engelschoff mit Bürgermeister Heinz Düe (rechts).

Fotos Kappelt

Preis für Wiesengrund

Die Siedlung im Wiesengrund soll erweitert werden. Sieben Grundstücke zu jeweils 1000 Quadratmetern will die Gemeinde verkaufen. Der Gemeinderat verständigte sich mit einer Gegenstimme auf einen Quadratmeterpreis von 35 Euro. Die Bauplätze sollen bevorzugt Bürgern aus der Gemeinde angeboten werden.

Stades Tageblatt 14.12.2010